

Inhalt:

- Seite 1: Was bedeutet die Große Koalition für die Selbständigen?
- Seite 3: Diesel-Fahrverbote nicht auf Rücken der Selbständigen austragen
- Seite 4: Neuer Vorstand beim BDS Thüringen
- Seite 4: Selbständig in Mitteldeutschland präsentiert sich
- Seite 5: Einmal Insolvenz und zurück – ARTE Reportage über Anne Koark
- Seite 5: Die Servicegesellschaft des BDS informiert

Was bedeutet die Große Koalition für die Selbständigen?

Analyse der wichtigsten Themen für Selbständige

Nach intensiven Verhandlungen haben sich CDU, CSU und SPD auf einen gemeinsamen Koalitionsvertrag verständigt. Der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. hat sich angeschaut, was die Große Koalition für die Selbständigen bedeutet.

1. Altersvorsorgepflicht für Selbständige

Die Große Koalition wird eine Altersvorsorgepflicht für Selbständige einführen. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

„Um den sozialen Schutz von Selbständigen zu verbessern, wollen wir eine gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbständigen einführen, die nicht bereits anderweitig obligatorisch (z. B. in berufsständischen Versorgungswerken) abgesichert sind. Grundsätzlich sollen Selbständige zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und – als Opt-out-Lösung – anderen geeigneten insolvenz sicheren Vorsorgearten wählen können. [...]“



CDU, CSU und SPD haben sich auf einen gemeinsamen Koalitionsvertrag verständigt.

Foto: Pixabay

Vollkommen unklar ist zurzeit wie die genaue Ausgestaltung aussieht. Dies alles wird im Gesetzgebungsprozess entschieden, in dem sich der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. mit seinen Argumenten konstruktiv einbringen wird.

2. Senkung der Mindestkrankenversicherungsbeiträge

Es besteht für Selbständige die Möglichkeit sich freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung zu versichern. Diese Option ist durch einen sehr hohen Mindestversicherungsbeitrag unattraktiv. Dies liegt an der Bemessungsgrundlage für die Mindestkrankenversicherungsbeiträge, die heute bei 2283,75 Euro liegt. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

„Um kleine Selbständige zu entlasten, werden wir die Bemessungsgrundlage für die Mindestkrankenversicherungsbeiträge von heute 2283,75 Euro auf 1150 Euro nahe zu halbieren.“

Dies ist eine klare Zusage, deren zeitnahe Umsetzung der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. einfordern wird.

3. Verbesserungen bei Statusfeststellungsverfahren

Das Statusfeststellungsverfahren wird angewendet um zu erkennen, ob ein Auftragnehmer seine Tätigkeit für einen Auftraggeber im Einzelfall selbständig oder als abhängig beschäftigt ausübt. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

„Das Statusfeststellungsverfahren für Selbstständige wollen wir vereinfachen und zwischen den unterschiedlichen Zweigen der Sozialversicherung widerspruchsfrei ausgestalten.“

Auch hier ist die Ausgestaltung aktuell noch nicht klar, allerdings haben der Bund der Selbständigen und andere Wirtschaftsverbände bereits Vorschläge erarbeitet, wie ein transparentes und vereinfachtes Statusfeststellungsverfahren aussehen könnte.

4. Bürokratieabbau

Im Koalitionsvertrag finden sich verschiedene Ansätze zum Abbau von Bürokratie für Unternehmen. Dabei soll es eine Erleichterung für Existenzgründer geben. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

„Wir fördern die Gründungskultur in Deutschland, indem wir etwa im ersten Jahr der Gründung die Bürokratiebelastung auf ein Mindestmaß reduzieren.“

„Im Rahmen eines Bürokratieabbaugesetzes III werden wir insbesondere die Statistikpflichten verringern. [...] Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Einführung des Prinzips „One in, one out“ ein.“

Damit dies keine bloße Ankündigung bleibt wird der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. mit konkreten Ideen für den Abbau von Bürokratie an die Große Koalition herantreten.

5. Fördermittel

Der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. kritisiert seit längerem die Tatsache, dass die Beantragung und der Abruf von Fördermitteln sehr kompliziert und aufwändig sind. Die Große Koalition hat diese Kritik aufgenommen und möchte hier Verbesserungen erzielen. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

„Wir wollen, dass Unternehmen etwa mit Hilfe eines „One-Stop-Shop“ und mehr Transparenz in der Förderlandschaft schnell und unbürokratisch gegründet werden können.“

Eine zentrale Stelle für die unkomplizierte Vergabe von Fördermitteln bleibt weiterhin das Ziel des Bund der Selbständigen Deutschland e.V., bei der Umsetzung werden wir die Große Koalition konstruktiv unterstützen.

6. E-Government

Um den Abbau von Bürokratie voranzutreiben und Verwaltungstätigkeiten für Selbständige zu erleichtern, setzt sich der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. für die Stärkung der digitalen Verwaltung, des sogenannten E-Governments, ein. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu:

„Wir werden in einem digitalen Portal für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen einen einfachen, sicheren und auch mobilen Zugang zu allen Verwaltungsdienstleistungen ermöglichen.“

„Wir errichten eine E-Government-Agentur, die gemeinsam schneller als bisher für alle föderalen Ebenen Standards sowie Pilotlösungen entwickelt.“

Mit Blick auf das Potenzial zur Entlastung von Selbständigen wird der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. die Verstärkung des E-Governments aktiv begleiten.

„Der Koalitionsvertrag hat Licht und Schatten. Es fehlt eine mutige Steuerreform, die uns Selbständigen das Leben deutlich erleichtern würde. Andererseits gibt es auch Lichtblicke, wie die Senkung der Mindestkrankenversicherungsbeiträge oder Verbesserungen bei Statusfeststellungsverfahren. Auch die Tatsache, dass innerhalb der neuen Altersvorsorgepflicht eine Wahlfreiheit bestehen wird, ist eine gute Nachricht“, sagt BDS Deutschland Präsidentin Liliana Gatterer mit Blick auf den Koalitionsvertrag.

Diesel-Fahrverbote nicht auf Rücken der Selbständigen austragen

Automobilindustrie und Politik müssen Lösungen finden

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hält Diesel-Fahrverbote in Städten generell für zulässig. Damit wies das BVerwG eine Revision der Länder Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen ab. Nun sind die Städte mit zu hoher Stickoxid-Belastung aufgefordert ihre Luftreinhaltepläne anzupassen, ein Teil davon werden möglicherweise Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge sein. Der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. fordert die Automobilindustrie sowie die Politik in Bund und Ländern auf nun Lösungen zu finden, die keine negativen Auswirkungen für kleine und mittlere Unternehmen haben.

„Es wird Zeit, dass endlich die Verursacher die Zeche bezahlen. Das sind an erster Stelle die Auto-konzerne. Verbraucher, die mit dem Versprechen eines vermeintlich sauberen Diesels zum Kauf animiert wurden, sollten eine kostenlose Nachrüstung bekommen. Diese Nachrüstung muss der jeweilige Hersteller bezahlen und nicht der Steuerzahler“, sagt BDS Deutschland Präsidentin Liliana Gatterer mit Blick auf das Urteil des BVerwG.

Auch an die Politik hat die Präsidentin des Bund der Selbständigen ganz klare Forderungen: „Wir brauchen eine einheitliche Lösung und keinen Flickenteppich lokaler Maßnahmen. Dazu gehören auch Ausnahmeregelungen für die lokalen Handwerker und Gewerbetreibenden. Was wir nicht brauchen ist ein kostenloser öffentlicher Nahverkehr, bei dem die Bewohner der ländlichen Raums durch ihre Steuern den Verkehr in den Großstädten mitfinanzieren“, so die BDS Präsidentin.



Das BVerwG hält Diesel-Fahrverbote generell für zulässig. Nun sind Bund und Länder am Zug das Urteil umzusetzen.
Foto: Pixabay

Neuer Vorstand beim BDS Thüringen

Mitgliederversammlung wählt in Bad Klosterlausnitz neue Führungsmannschaft

Bei ihrer Jahresversammlung in Bad Klosterlausnitz haben die Mitglieder des Bund der Selbständigen Thüringen einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Landesvorsitzender ist Tom Wildensee, der in Gera eine eigene Praxis für Logopädie und Ergotherapie führt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde Robert Schwarz, Vorsitzender der Thüringer EnergieAgentur e.V., gewählt. Als Beisitzer wurde Gisbert Sachs gewählt.

Der Bund der Selbständigen Deutschland e.V. wurde durch Präsidentin Liliana Gatterer und den Vizepräsidenten Dr. Erwin Middelhuß bei der Versammlung vertreten.

„Wir wünschen der neuen Führungsmannschaft des Bund der Selbständigen Thüringen einen erfolgreichen Start in ihre Arbeit. Mit dem bisherigen Vorstand haben wir gut zusammen gearbeitet, ich freue mich darauf auch mit den neuen Kollegen die gute Zusammenarbeit zwischen dem BDS Thüringen und dem BDS Deutschland fortzusetzen“, sagt die Präsidentin des BDS Deutschland Liliana Gatterer.



v.l. Robert Schwarz (stellv. Vorsitzender), Tom Wildensee (Landesvorsitzender) und Gisbert Sachs (Beisitzer).
Foto: BDS Deutschland e.V.

„Selbständig in Mitteldeutschland“ präsentiert sich auf der Chance 2018

Erster gemeinsamer Messeauftritt des Bündnisses

Eine Bündelung der Kräfte der BDS Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist das Ziel des gemeinsamen Bündnisses „Selbständig in Mitteldeutschland“. Bei der Chance 2018 in Halle/Saale war „Selbständig in Mitteldeutschland“ nun erstmals mit einem eigenen Stand vertreten. Weit über 10.000 Besucher waren in die Messehalle gekommen um sich über die Themen Ausbildung, Arbeit und Selbständigkeit zu informieren. Die Vertreter von „Selbständig in Mitteldeutschland“ zeigten ihre Expertise in zwei Vorträgen und boten den interessierten Besuchern einen Einblick in die Existenzgründung. Am Stand von „Selbständig in Mitteldeutschland“ herrschte über beide Messetage hinweg großer Andrang. Weitere Informationen finden Sie unter:

www.selbstaendig-in-mitteldeutschland.de



Der Landesvorsitzende des BDS Sachsen informiert die Existenzgründer mit einem Vortrag.

Foto: BDS Sachsen

Einmal Insolvenz und zurück – ARTE Reportage über Anne Koark

Mitglied von mib - Mittelstand in Bayern e.V. berichtet über ihre Erfahrungen

Sie war früher Unternehmerin und beschäftigte 15 Mitarbeiter. Vier Jahre nach der Gründung ihrer Firma war Anne Koark pleite. Sie verlor ihre Wohnung, ihr Auto, ihre Existenz, war alleinerziehend mit zwei Kindern und mittellos. Koark zog die Reißleine, beantragte die Regelinsolvenz. Heute ist sie wieder selbstständig. Und sie hat ihre Krise zum Thema gemacht, einen Verein gegründet, hält Vorträge, berät Betroffene und ist Mitglied bei mib.

Spiegel-TV hat zu ihrer Geschichte eine Reportage gedreht, die ARTE am 07. März 2018 um 19:40 Uhr ausstrahlt. Im Anschluss wird die Dokumentation in der Mediathek zu sehen sein. Zu den Stationen ihres Lebens und dem Schicksal Selbständiger, die im Insolvenzfall meist auch ihr Privatvermögen verlieren, äußert sich auch mib Präsident Ingolf F. Brauner in dieser Dokumentation.

Den Trailer für die TV-Sendung finden Sie hier: <https://www.arte.tv/de/videos/079474-014-A/re-die-last-der-schulden/>

Das Beispiel von Anne Koark zeigt, dass der offene und faire Umgang mit der Krise und ein gutes Netzwerk dabei helfen, schneller wieder eigenständig zu werden. mib bietet seinen Mitgliedern eine Notfall-Task-Force als erste Anlaufstelle bei sich abzeichnenden Unternehmensproblemen. Weitere Informationen: www.mibbayern.de



Arte zeigt eine Dokumentation über Anna Koark.
Foto: mib - Mittelstand in Bayern e.V.

Die Servicegesellschaft des BDS informiert



Mit Opel verbindet den BDS Deutschland eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Den Mitgliedern des BDS Deutschland bietet Opel attraktive Angebote für alle Fahrzeuge. Der Rahmenvertrag zwischen Opel und dem Bund der Selbständigen Deutschland kann von allen Opel-Händlern in Deutschland genutzt werden. Somit bringen wir beide Stärken des BDS Deutschland zusammen. Eine unkomplizierte, zentrale Koordination und einen lokalen Bezug zu den Unternehmen vor Ort. Weitere Informationen erhalten Sie bei der BDS Deutschland Geschäftsstelle unter 030/72625670 oder info@bund-der-selbstaendigen.de

Impressum

Herausgeber: Bund der Selbständigen Deutschland
Vertreten d. d. Präsidentin Liliana Gatterer (V.i.S.d.P)
Redaktion & Layout: Tim Wiedemann

Büro Berlin: 030 72625670 oder info@bund-der-selbstaendigen.de